

Demokratie erinnern

14.03.2018 von 10:00 bis 12:00 Uhr im Huizhong Building des Taichung City Government in Taichung

Inhalt

I. Die demokratische Leerstelle	1
II. Der Paradigmenwandel von der Mimesis zur Katharsis	6
III. Die Praxis der hellen Erinnerung	13
IV. Schlussfolgerungen.....	14

1

Abbildung 1

I. Die demokratische Leerstelle

Volksherrschaft und demokratische Freiheiten stehen im heutigen Deutschland für den kulturellen Kern unseres Gemeinwesens. Sie sind Pathosformeln unserer Zeit und markieren auch in der migrantischen Revolution, die das Projekt Europa vor eine bislang ungekannte Herausforderungen stellt, den Identitätskern unseres politisch-kulturellen Wertehimmels. Dennoch nimmt die Idee der Volksherrschaft im deutschen Feiertagkalender keinen herausragenden Platz ein. In anderen Ländern sind Verfassungstage auch nationale Feiertage, so in Polen und Litauen der 3. Mai zur Erinnerung an die erste Verfassung von 1791, in Norwegen der „Kongeriget Norges Grundlov“ am 17. Mai, und in Spanien die „Constitución Española“ am 6. Dezember. Auch in Deutschland ist der Tag der Grundgesetzverkündung am 23. Mai zwar ein offizieller Gedenktag, aber nicht Nationalfeiertag, anders als zuvor der Weimarer

Verfassungstag am 11. August, der allerdings auch kein gesetzlicher Feiertag war und volkstümlich schon gar nicht. Nationen erinnern sich ihrer Werdung; sie feiern die Abschüttelung von Bedrückung und den staatlichen Zusammenschluss, aber sehr viel weniger ihre innere Verfassung und den erfolgreich zurückgelegten Weg zu einem demokratisch verfassten Gemeinwesen.

Besonders auffällig präsentiert „diese Verlegenheit im Umgang mit den Nationalsymbolen“ sich in Deutschland. „Lässt sich Freiheit ausstellen?“, fragt in ihren didaktischen Begleitmaterialien die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ Rastatt, und zitiert gern den Gründungsvater der Gedenkstätte, Bundespräsident Gustav Heinemann, der sich im Juni 1976 kurz vor seinem Tode darum bekümmerte, „wie die Erinnerungsstätte fortentwickelt, verlebendigt und damit einer noch breiteren Öffentlichkeit nahegebracht werden kann“. Auch in Berlin tut sich das von Veryl Goodnight gestaltete und 1998 im Beisein des früheren US-Präsidenten George Bush (sen.) enthüllte Monument „The Day the Wall Came Down“ (Der Tag, an dem die Mauer fiel) schwer, das fünf wilde Pferde über die Ruinen der Berliner Mauer hinwegstürmen lässt. Das Denkmal, das laut Begleittafel ein Geschenk der USA an das deutsche Volk „zur Erinnerung an den gemeinsamen Einsatz für Freiheit und Demokratie“ darstellt, steht ebenso unbeachtet in Berlins Südwesten

Abbildung 2

wie zwei Repliken des Denkmals in Berlin und Potsdam, die den preußischen General Friedrich Wilhelm von Steuben als „Kämpfer für die Freiheit der Vereinigten Staaten“ ehren. Nicht anders ergeht es in Berlin auch anderen Zeichen der Erinnerung an den Kampf um die Demokratie. Über den Friedhof der Märzgefallenen im südlichen Teil des Volksparks Berlin-Friedrichshain, auf dem die „Aktion 18. März“ seit 1992

gemeinsam mit dem Bezirksamt Friedrichshain jährlich eine Gedenkfeier organisiert, hält das Internet-Lexikon „Wikipedia“ trotzdem lapidar fest: „Der Friedhof gehört auf Grund seiner etwas abseitigen Lage zu den ruhigsten Teilen des Volksparks.“ Und auch der Erste Weltkrieg wahrt seine Bedeutung in der Erinnerungskultur unserer Zeit vor allem als die große Urkatastrophe, nicht aber als Ende des monarchischen Zeitalters und Aufbruch in die Welt von Republik und Demokratie. Unser öffentliches Geschichtsbild speichert den 28. Juni 1914 als Tag des Unheils, an dem in Sarajewo der österreichische Thronfolger erschossen wurde und der Weltkrieg seinen Anfang nahm, nicht aber den 24. Oktober 1918, an dem die Parlamentarisierung des Reichs durch Änderung des Artikels 15 der Reichsverfassung beschlossen wurde und den Reichskanzler vom Vertrauen des Reichstags abhängig machte.

Abbildung 3

Abbildung 4

Die Erinnerung an demokratische Traditionen hat es schwer in Deutschland, und das gilt auch für die Geschichte der zweiten deutschen Demokratie. Das ehemalige Augustiner-Chorherrenstift auf der Insel Herrenchiemsee, in dessen Abgeschiedenheit das Grundgesetz entstand, ist ein abgeschiedener Erinnerungsort. Eine – auch erst 1998 eröffnete – Ausstellung bettet den „Weg zum Grundgesetz“ in die zwölfhundertjährige Geschichte des Alten Schlosses ein und zeichnet die deutsche Verfassung als ein von Experten in der Waldeinsamkeit geschaffenes Werk, ohne dem damit zum Souverän erhobenen Volk weiter Aufmerksamkeit zu schenken.

Abbildung 5

Zum prägnantesten Ausdruck der deutschen Schwierigkeit mit der Erinnerung an die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts glücklich beschrittenen Wege wurde der Versuch, ein deutsches Freiheits- und

Einheitsdenkmal auf der Berliner Schlossfreiheit zu schaffen. Seine windungsreiche Entstehungsgeschichte präsentiert sich geradezu als Symbol der Schwierigkeit, die Werte der Demokratie aus dem Blickwinkel des dauerhaft Erreichten zu erinnern, während der stetig wachsende Zuspruch zu den Mauerfalljubiläen von der ungebrochenen Anziehungskraft der Freiheit als Aufbruch zur Veränderung zeugt. Im ersten Anlauf gescheitert und 2007 vom Bundestag neu beschlossen, sollte es zum 25. Jahrestag der friedlichen Revolution 2014 eingeweiht werden, konnte aber zu diesem Datum nicht fertiggestellt werden, was mehr geschichtspolitische als bautechnische Gründe hatte, und harrt bis heute seiner Vollendung.

Abbildung 6

Diese Frage auch nur zu stellen, geschweige denn zustimmend zu beantworten, ist nur in einer Geschichtskultur möglich, die ein distanzierendes Verhältnis zur Vergangenheit der eigenen Gesellschaft pflegt. Der etwa im Vorfeld der West-Berliner Preußen-Ausstellung 1981 oder gegen die Gründung des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin aufgeflamte Verdacht, dass die Deutschen sich anschickten, ihre Geschichte euphemistisch neu zu schreiben und in Berlin eine „nationale Traditionsfabrik“ zu installieren, erwies sich bald als anachronistisch. Schon die Gründungskonzeption von 1985/86 zerstreute den Verdacht, dass hier eine geschichtspolitische Entsorgung der ambivalenten Vergangenheit betrieben werde, und erst recht heute könnte niemand mehr ernsthaft mit dem verstockten Satz argumentieren, dass die 988 hellen Jahre der deutschen Geschichte nicht durch ihre 12 dunklen überschattet werden dürften. Im Gegenteil: Wenn heute von „unserem Traditionsbestand“ und seinem „Arsenal der vorrätigen Erinnerungssymbole“ die Rede ist, dann geht es im Fachdiskurs wie

selbstverständlich um historische Lasten und nicht um historische Leistungen.

Selbst auf dem Feld staatlicher Geschichtspolitik, in dem die Mitgestaltung der nationalen Erinnerungskultur als legitimes Feld staatlichen Handelns verstanden wird, lässt sich heute der Appell zur stärkeren Befassung mit den „glücklichen Momenten unserer Geschichte“ nicht ohne nachordnende Platzanweisung formulieren: „Die Erinnerungskultur ist eine der großen moralischen, politischen und gesellschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland. Zu ihr zählt die fortgesetzte Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur, zu ihr zählen die wachsenden Anstrengungen, das Unrecht des SED-Staates aufzuarbeiten, und dazu zählt das Gedenken auch an die Widerstands- und Freiheitstradition unserer nationalen Geschichte. Bundestagspräsident Norbert Lammert hat in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2007 angemerkt: ‚Die Erfahrung des Holocaust gehört zu den ungeschriebenen Gründungsdokumenten der zweiten deutschen Demokratie.‘“

Auch der Blick auf die Museumslandschaft in Deutschland vermittelt den Eindruck, dass „die Erinnerung an die demokratischen Traditionen in Deutschland eine vergleichsweise marginale Rolle“ spielt. Die Tagung „Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratieggeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik“ vom Oktober 2014 bot für diese Annahme zahlreiche Belege. Ganz im Sinne der These von Herfried Münkler, dass Deutschland heute als weitgehend mythenfreie Zone zu betrachten sei, lässt sich argumentieren, dass die Gründungsmythen der parlamentarischen Demokratie hierzulande merkwürdig ortlos geblieben seien – die wiederaufgebaute Frankfurter

Paulskirche ist heute ein Raum der Leere und der Stille, in dem nichts an die lauten Debatten der Revolutionszeit erinnert.

Abbildung 7

Die „Demokraten-Erinnerung“ nimmt nur einen verschämten Platz im deutschen Gedächtnisinventar ein, und in dieser Artikulationsscheu bleibt die zweite deutsche Demokratie noch hinter der gern als symbolarm bewerteten Republik von Weimar zurück, die dem omnipräsenten Nationalkult der Bismarck- und Wilhelmstürme mit zahlreichen Matthias Erzberger, Walther Rathenau und Philipp Scheidemann gewidmeten Ehrenhainen und Gedenksteinen entgegenzuwirken suchte.

6

II. Der Paradigmenwandel von der Mimesis zur Katharsis

Woran liegt es, dass demokratische Traditionen in der politischen Kultur beständig beschworen und in der historischen Kultur eher beschwiegen werden? Eine Erklärung für dieses Paradoxon könnte in der leeren Allgemeinheit des Begriffs Demokratie liegen, der vieles bedeuten kann und nichts präzise meint. Aber anderen Ländern gelingt es durchaus, ihren Weg zur Demokratie zu inszenieren, wie etwa der Freedom-Trail in Philadelphia, die National Mall in Washington und zahllose weitere Beispiele aus den USA vor Augen führen. Aber auch in Deutschland fand die im Kalten Krieg zeitweilig in ihrer Existenz bedrohte Civitas von West-Berlin zu kraftvollen Symbolen freiheitlicher Selbstbestimmung. Die nach dem Vorbild der US-amerikanischen Liberty Bell geschaffenen und zunächst auf einem „Kreuzzug für die Freiheit“ durch die USA gereisten Freiheitsglocke im Turm des Rathauses Schöneberg wurde zu einem Symbol der Berliner Freiheitsbekenntnisses, und der pathetische Klang ihres mittäglichen Glockenschlags konnte sich mit dem Nachhall

des Berlin-Besuchs von US-Präsident John F. Kennedy im Juni 1963 und seiner berühmten Freiheitsrede vor dem Rathaus Schöneberg durchaus messen.

Abbildung 8

Spätestens nach 1989 allerdings hat die Berliner Freiheitsglocke diese Symbolkraft ebenso weitgehend wieder eingebüßt wie das Luftbrückendenkmal vor dem mittlerweile geschlossenen Flughafen Tempelhof

Abbildung 9

und die aus amerikanischen Geldern finanzierte Kongresshalle im Tiergartenviertel, die heute nicht mehr als „Leuchtturm der Freiheit“ in den Osten strahlt, sondern als Haus der Kulturen der Welt der interkulturellen Verständigung dient.

Abbildung 10

Allerdings stellt die Crux des Demokratiegedenkens nur eine Spielart des eigentlichen Problems dar, wie unsere Gegenwartsgesellschaft mit den konsensfähigen, ja rühmlichen oder immerhin liebenswerten, also mit den Legitimation stiftenden und Identifikation heischenden Aspekten ihrer Geschichte insgesamt umgeht. Zur genaueren Erfassung des Phänomens hat sich die Unterscheidung von positiver und negativer Erinnerung eingebürgert und aus ihr im weiteren auch die nur normativ zu beantwortende Frage entwickelt, wie viel positive Erinnerung der negativen Erinnerung an den Holocaust gegenüberstehen dürfe.

Diese begriffliche Kennzeichnung mag etwas unglücklich sein, weil sie Geschehen und Gedächtnis unter dasselbe Vorzeichen stellt, obwohl doch die kritische Auseinandersetzung mit den negativ bewerteten Aspekten der „eigenen“ Geschichte eine heute überwiegend positiv bewertete Bezugnahme darstellt. Es wäre daher bei weitem sinnvoller, nicht von positiver und negativer, sondern von heller und dunkler, von

rühmlicher und unrühmlicher Erinnerung zu sprechen. Gemeint aber ist derselbe Modus öffentlicher Vergangenheitsvergewisserung: Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus folgte die europäische Denkmalskultur dem Paradigma der Verehrung des vorbildhaften Helden und der geschichtlichen Großtat, und wo sie des Opfers gedachte, zielte sie auf das Sacrificium der zu ehrenden Selbsthingabe, nicht auf die zu beklagende Victima fremder Willkür. Der Übergang vom sinnversichernden Denkmal des Krieger-, National- und Persönlichkeitsgedenkens zum sinnverweigernden Mahnmal des Leidgedenkens und damit zum „Anti-Denkmal“ vollzog sich im geteilten Deutschland langsam und uneinheitlich. Die antifaschistische Staatsidentität der DDR verlangte bis 1989 nach dem heroischen Bild des geschunden, aber zu neuer Stärke erwachten Menschen, den Fritz Cremers Bronzeplastik „Der Aufsteigende“ von 1966/67 in der Gedenkstätte Buchenwald versinnbildlicht.

Abbildung 11

Umgekehrt würdigte der bundesdeutsche Erinnerungsdiskurs zunächst Verfolgte und Verfolger gleichermaßen als Leidtragende eines namenlosen Unglücks. Nur zögerlich wanderten mit der Eröffnung einer Ausstellung im ehemaligen KZ Dachau und im Kontext des Eichmann-Prozesses zu Beginn der 1960er Jahre Begriffe wie „KZ-Museum“ und „KZ-Gedenkstätte“ in den Sprachschatz der Vergangenheitsbewältigung ein und zeugten so von der allmählichen Etablierung eines viktimistischen Denkmalstypus in der bundesdeutschen Gedenkkultur, die nicht unwidersprochen blieb: Vehement warnte noch 1998 Martin Walser in der Frankfurter Paulskirche vor der „Dauerpräsentation unserer Schande“, die Auschwitz zur „Moralkeule“ verkommen lasse.

Nichts zeigt den Wandel von der Mimesis zur Katharsis im Umgang mit der Vergangenheit und damit von der zeithistorischen Stolzkultur zur

Schamkultur schlagender als der Umgang mit dem Datum des Kriegsendes und der Kapitulation des Deutschen Reichs in der deutschen Öffentlichkeit. Als der Parlamentarische Rat das Grundgesetz noch am späten Abend des 8. Mai 1949 beschlossen wissen wollte, tat er dies nicht, um an den 8. Mai 1945 in besonderer Weise zu erinnern, sondern um ihn zu überformen und das Böse durch das Gute zu überwinden. „Es ist wohl in Wahrheit“, beendete Adenauer die Sitzung nach der turbulenten Abstimmung „für uns Deutsche der erste frohe Tag seit dem Jahre 1933. Wir wollen von da an rechnen und nicht erst von dem Zusammenbruch an, so schwer die Jahre des Zusammenbruchs auch waren.“ Auch viele Jahre Jahre später betrachtete Bundeskanzler Ludwig Erhard den 8. Mai in einer Gedenkansprache zum 20. Jahrestag des Kriegsendes 1965 lediglich als einen Tag, „so grau und trostlos wie so viele vor oder auch nach ihm“ ; und nicht anders setzte Willy Brandt den zur selben Zeit in der DDR inszenierten Befreiungsfeiern ein entschiedenes Verzichtbekenntnis auf die Jubiläen des Negativgedächtnisses entgegen: „Zwanzig Jahre sind genug – genug der Spaltung, genug der Resignation und genug des bloßen Zurückschauens.“ Erst 1985 fand mit Richard von Weizsäcker ein Bundespräsident zu einer öffentlichen Würdigung dieses Tages, die seither zu einer ehernen Formel wurde: „Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten.“ v. Weizsäcker wies diesem Datum damit den Platz an, der ihm im Einklang mit dem Geschichtsdenken unserer Zeit gebührt; seine entgegenstehende Würdigung als Tag der freudigen Erinnerung an die Verabschiedung des Grundgesetzes im Sinne Adenauers konnte dagegen so wenig ankommen wie das mimetische Gedächtnis gegen das kathartische überhaupt.

Heute sieht sich das „goldene“ Gedächtnis im öffentlichen Raum weithin durch das „schwarze“ verdrängt und „ist das negative Gedenken zu einem Fixpunkt im Kanon der historischen Bezugspunkte, Gedenktage, Erinnerungsrituale geworden“, wie Heidemarie Uhl nicht nur für den deutschen, sondern auch für den österreichischen Fall beobachtet hat. Der politisch-kulturelle Identitätsanker der heutigen Bundesrepublik ist nicht das Glück der eroberten Menschenrechte, sondern das Unglück ihrer vollständigen Vernichtung, und als ihr Gründungsmythos dient nicht das Grundgesetz, sondern der Holocaust. Die Ära der Erinnerungskultur steht im Zeichen der Aufarbeitung; und ihr Zentrum bildet die Auseinandersetzung mit historisch verübtem Unrecht und nicht die Versicherung historisch verbürgten Eigenrechts. Keine Figur des heutigen Geschichtsdiskurses illustriert diesen Wandel so eindrücklich wie der Zeitzeuge. Seine Karriere verdankt er seiner Rolle als Mittler zwischen zwei Welten, und darum ist es vor allem die „dramatische Zeitzugenschaft“, die Aufmerksamkeit erregt, während die „prosaische Zeitzugenschaft“ der Bonner Republik deutlich weniger Magnetkraft besitzt. Das Totengedenken hingegen hat in der postheroischen Gesellschaft die Tradition der rühmenden Kriegerdenkmäler nicht fortführen können, so argumentiert Herfried Münkler; es ist heute mit einer Vielzahl von Einschränkungen umstellt, die es im Wesentlichen auf die militärische Sphäre beschränkt. Mit den Inhalten haben sich die Modi des Erinnerns verändert. Der seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts immer machtvoller werdende Erinnerungsboom gestaltete sich anders, als der um 1980 noch gängige Nostalgievorwurf insinuierte: Er zielte nicht auf die biedermeierliche Restaurierung einer besseren Vergangenheit, sondern auf die entschiedene Abkehr von ihr. Aus der Geschichte lasse sich lernen, um es in Zukunft besser zu machen, so lautet der Leitgedanke der heutigen Geschichtskultur. Sie verlangt die

kritische Auseinandersetzung mit einer als unheilvoll verstandenen Vergangenheit statt die distanzlose Erbauung an ihr, und sie wird von der Vorstellung getragen, dass nur die Ablösung vom schlechteren Gestern zum besseren Morgen führt und nicht das Festhalten an ihm. Kontinuitätsbruch statt Kontinuitätsvergewisserung prägen die Leitidee des Umgangs mit der Vergangenheit in der deutschen Gegenwart. Die Macht des Erinnerungsbooms speist sich daraus, dass er das Bewusstsein für die Last der Vergangenheit mit der Lust auf ihre Vergegenwärtigung zusammenzuführen vermag. Nur selten noch beschleicht zeitgeschichtliche Ausstellungsmacher die Sorge, dass Distanzierung und Annäherung aus dem Gleichgewicht geraten und die lernwilligen Betrachter unheilvoller Vergangenheit der Faszination des Bösen erliegen könnten, weswegen die Berliner DHM-Ausstellung „Hitler und die Deutschen“ von 2010/11 allzu explizite Zeugnisse des Führermythos nur hinter Abstand schaffenden Gazevorhängen präsentieren mochte.

Abbildung 12

Die demokratische Leerstelle des kulturellen Gedächtnisses entspringt einem fundamentalen Richtungswandel der Vergangenheitsvergewisserung in westlichen Gesellschaften, der weit über die Zeitgeschichte hinausreicht. Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem 100. Jubiläum des Weltkriegsausbruchs 1914 kreiste hauptsächlich um die Frage, ob wir aus dem Ersten Weltkrieg eigentlich gelernt hätten. Mit der programmatischen Frage „Wiederholt sich Geschichte?“ lud Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zu einem „Diskussionsabend zu Sicherheitspolitik in Ostasien im Spiegel der Julikrise 1914“ im Deutschen Historischen Museum ein und stellte sein Grußwort unter den Titel „Lehren aus der Geschichte ziehen“. „Fallen wir etwa zurück in eine Politik von Konfrontation und Gewalt?“,

fragte der Bundespräsident am 27. Juni 2014 auf einer Gedenkveranstaltung "1914 – 2014. Hundert europäische Jahre", und Bundeskanzlerin Merkel fand es tags zuvor bei Gedenkfeierlichkeiten in Ypern entscheidend, sich vor Augen zu führen, „in welchen guten Zeiten wir dadurch leben, dass es die EU gibt und wir aus der Geschichte gelernt haben.“ Solche Äußerungen werden von dem selbstverständlichen Glauben getragen, gerade die historischen Fehlentwicklungen seien es, die den richtigen Weg in die Zukunft zu finden erlaubten – gerade die Sorge vor einer drohenden Wiederholung der Fehler in der Balkankrise 1914 lenkte das westliche Denken und Handeln in der Krimkrise 2014. Nicht weniger prononciert hielten Fachhistoriker mit guten Argumenten öffentlich dagegen und versicherten: „Die historischen Vergleiche, die die Ereignisse in Kiew und auf der Krim erklären sollen, sind töricht – und gefährlich“.

Doch noch in der Absage an die Idee der historischen Wiederholung zeigt sich der Einfluss der Kriegserinnerung auf die Haltung der europäischen Öffentlichkeit und der staatlichen Diplomatie – als Warnung, nicht als Vorbild. Zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs von 1914 hatte der Topos der Historie als *vitae magistra* seine zwischenzeitlich verlorene Bedeutung zurückerobert – wenngleich eben nicht mehr als erfahrungsgesättigte Gebrauchsanweisung für die Zukunft, sondern als Lehre aus dem Irrtum, nicht als nützliches Rezept, sondern als Warnung vor seinen Risiken und Hauptwirkungen. Ebenso wie die Neuzeit durch eine wachsende Asymmetrie von Erfahrung und Erwartung gekennzeichnet ist, wird die Geschichtskultur der Gegenwart von der Hoffnung getragen, diese unaufhebbare „Differenz zwischen Erfahrung und Erwartung müsse sich soweit überbrücken lassen, daß Geschichte wieder als lehrbar begriffen werden darf“. Von der Vergangenheit als Vorbild künftigen Handelns zur Vergangenheit als

Albtraum des historischen Versagens, so lässt sich der Blickwechsel beschreiben, der den Erinnerungsboom der Gegenwart antreibt und das kathartische Geschichtsdenken in der deutschen Gegenwartsgesellschaft von der mimetischen Vergangenheitsbeschwörung in den Geschichtskulturen anderer Länder unterscheidet. Bevorzugt wird aus einer Perspektive argumentiert, die das Gewesene als Archiv der Falschentscheidungen und Fehlentwicklungen begreift – den wilhelminischen Weg in die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts ebenso wie das glücklose Zwischenspiel von Weimar, das schließlich in den „Bloodlands“ eines im Massenmorden zerfleischten Europas mündete, auf denen sich der Holocaust als eine jederzeit wiederholbare Katastrophe abspielte. Noch der Aufarbeitungsfuror, der nach 1989 und bis heute den Umgang mit der zweifachen deutschen Diktaturvergangenheit prägt, findet seinen Antrieb in dem Wunsch, das Versagen der frühen Bundesrepublik in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nicht zu wiederholen.

III. Die Praxis der hellen Erinnerung

Historische Demokratieerinnerung steckt daher in einem Dilemma. Zum einen wirkt sie antiquiert und rückwärtsgewandt; sie gerät schnell in den Verdacht, dem gegenwärtigen aufklärerischen Prinzip des Lernens aus der Katastrophengeschichte ein generationell ausgemustertes Prinzip zur Identifikation mit der Erfolgsgeschichte gegenüberzustellen. Auf der anderen Seite wächst der Zeitraum der demokratischen Erfolgsgeschichte im europäischen Raum von Jahr zu Jahr, und er verlangt nach narrativem Ausdruck im öffentlichen Vergangenheitsdiskurs. Wie lässt sich diese Spannung ausgleichen, wie

lässt sich die museale Repräsentation der historischen Leistung in den kathartischen Geschichtsdiskurs unserer Zeit integrieren?

Der Blick auf die demokratiegeschichtliche Ausstellungslandschaft der Bundesrepublik führt vor Augen, wie schwer der Funktionswandel des Historischen es macht, den bejahenswerten Aspekten der Geschichte des eigenen Gemeinwesens gerecht zu werden, auch wenn jüngere Untersuchungen der Bundesrepublik mittlerweile ein „deutlich positiver akzentuiertes Geschichtsbild“ attestieren. In diametralem Gegensatz zur in der DDR-Historiographie, die sich in den 1970er Jahren über die Legitimation durch die eigene Geschichtstradition hinaus zögerlich auch dem historischen Erbe insgesamt zu öffnen begann, hat die deutsche Geschichtskultur der Gegenwart sichtlich Mühe, neben dem unheilvollen Erbe einer missratenen Vergangenheit auch den zur Identifikation einladenden Traditionen deutscher Geschichte zu begegnen. In einem allerdings unterscheiden sich nationalgeschichtliche Ausstellungen von anderen Austragungsräumen des öffentlichen Vergangenheitsdiskurses. Zeithistorische Ausstellungen und Museen stehen vor der Aufgabe, das Werden des heutigen demokratischen Gemeinwesens in entsprechenden Proportionen zur Diktaturgeschichte in ihre Erzählung einzubetten. Die bloße Chronologie schafft den narrativen Zwang, nicht nur der Überwindung von Irrwegen und Katastrophen der Nationalgeschichte, sondern auch der Gestaltung ihrer glückhaften Erfolge und vorbildhaften Leistungen mit den Mitteln der historischen Ausstellung gerecht zu werden.

IV. Schlussfolgerungen

Der Durchgang durch die Ausstellungslandschaft der Gegenwart bestätigt die Einsicht, dass das helle Gedächtnis im Schatten des

dunklen steht. Ebenso wie für die Denkmalskultur gilt auch für die ausgestellte Zeitgeschichte, dass demokratische Werte sich nur eingeschränkt monumental repräsentieren lassen. Die Akzeptanzprobleme, die die Musealisierung der „glücklichen Momente“ aufwirft, sind zunächst nicht hausgemacht und auch nicht auf geschichtstouristische Standortnachteile zurückzuführen, sondern ergeben sich aus der Verfassung unseres Geschichtsdiskurses nach dem Ende der zukunftsorientierten Fortschrittserzählung, die die Nachkriegszeit bis in die späten 1970er Jahre prägte – Auschwitz und der Obersalzberg haben Herrenchiemsee und Rastatt nicht die bessere verkehrstechnische Lage voraus, sondern die Attraktivität des dunklen Erinnerungsortes und die Faszination des dark tourism.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus diesem Befund ableiten? Wie lässt sich in unserer opferzentrierten Erinnerungskultur Demokratie erinnern, ohne unkritisch und auch langweilig zu werden?

Demokratieerinnerung kann in besonderem Maße von biographischen Erzählmustern profitieren. Nirgendwo sonst lässt sich die Vielschichtigkeit des demokratischen Projekts so eindrucksvoll herausarbeiten wie in der Auseinandersetzung mit Lebensläufen von Menschen, die sich für heute noch gültige Werte engagierten, an ihnen reiften oder auch zweifelten, an ihnen zerbrachen oder sie auch bekämpften. In der dekonstruierenden und rekonstruierenden Annäherung an die Lebensgeschichten demokratiegeschichtlicher Akteure kann die kritische Identifikation entstehen, die als Modus einer künftigen Demokratieerinnerung an die Seite der Diktaturaufarbeitung und ihrer Schamkultur tritt, ohne als deren Relativierung und Übertünchung missverstanden zu werden.

Zielführend ist weiterhin, der Faszination des Fremden auch im Vertrauten gezielten Raum zu geben. So sehr Ausstellungsbesucher

auch nach Vertrautem suchen und auf Bestätigung ihrer Voreinstellungen bedacht sind, bezieht die Demokratieerzählung – wie jede andere Geschichte auch – ihre Attraktivität vor allem daraus, dass sie mit dem konfrontiert, was die Gegenwart nicht ist oder nicht mehr ist. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit gilt dem noch Verborgenen oder dem schon Verlorenen, nicht aber dem sattsam Bekannten und Selbstverständlichen. Nach dem Verlust von Fortschritt und Zukunft als Orientierungsmarken des Strebens nach dem Anderen und der globalisierungsbedingten Angleichung des erfahrbaren Raums ist es immer stärker die Zeitreise, die lockende Entdeckung verspricht. Eine Demokratieerinnerung, die im historischen Raum vor allem das heute noch Gültige aufsucht, verfehlt dieses Interesse. Nur wo demokratische Traditionen in ihre Zeitbedingtheit eingebettet und in ihrer historischen Andersartigkeit ebenso wie in der zeitgenössischen Offenheit ihrer Weiterentwicklung sichtbar werden, können sie als Magneten des Geschichtsinteresses wirken.

Zentrale Bedeutung kommt darüber hinaus auch in der Demokratieerinnerung der Anziehungskraft des Originalen zu, die die von Joschka Fischer getragene Lederjacke genauso ausstrahlt wie die Erich Honecker von Udo Lindenberg zugeschickte. Die Aura des Authentischen stellt einen Mythos der Moderne dar, in dem die von Reinhart Koselleck formulierte Differenz von Erfahrung und Erwartung im Auge des Betrachters zur Deckung gebracht und im tiefsten sogar die Vergänglichkeit der Zeit aufgehoben werden kann. Ohne in den die Geschichte der Geschichtsausstellung begleitenden „Streit zwischen ‚Originalfetischisten‘ und ‚Disneyländern‘“ eingreifen zu wollen, steht außer Frage, dass der Reiz zugeschriebener Authentizität von Objekten, Orten und Räumen ein Anziehungsmoment darstellt, das die schlichteste Geschichtsausstellung dem opulentesten Geschichtsbuch voraus haben

kann und der anstrengendste Weg zum Berliner „Checkpoint Charlie“ der entspannten Betrachtung eines Dokudramas zum gleichen Thema. In der „sinnlichen Anmutungskraft der Dinge“ wie in der personellen Ausstrahlungskraft des Zeitzeugen kommt dieselbe Hoffnung einer unmittelbaren Begegnung mit der Vergangenheit zum Ausdruck, die den innersten Kern des seit vierzig Jahren so mächtig gestiegenen Geschichtsinteresses ausmacht. In der empfundenen Aura des Authentischen, von der sich Besucher historischer Ausstellungen gefangen nehmen lassen wollen, steckt die unausgesprochene Hoffnung auf Unvergänglichkeit - wenn nicht mehr der Zukunft, dann doch der Vergangenheit. Diese geschichtsreligiöse Züge tragende Suche nach dem unvergänglichen Überrest überschreitet die Aufmerksamkeitsschranken von heller und dunkler Erinnerung, und sie kann von der Auseinandersetzung mit anerkannten Traditionen ebenso genutzt werden wie von der Konfrontation mit dem historischen Versagen.

Nutzen kann die Demokratieerinnerung in gleicher Weise aus der Magie der Jahrestage ziehen, der die historische Aufmerksamkeitsökonomie unserer Zeit immer stärker folgt. Das historische Jubiläum kann als Pendant der historischen Authentizität verstanden werden. Es bildet die dingliche Präsenz der Vergangenheit, die sich der Betrachter von der Echtheit der Relikte verspricht, als kalendarische Präsenz auf der Zeitachse ab; es bezieht aus der Imagination der Wiederkehr die Kraft einer Erinnerung, die an jedem 13. Februar die Glocken in Dresden ertönen lässt, an jedem 27. Januar das Leiden von Auschwitz wachruft und seit 2014 die Serie von 100. Jahrestagen als Vehikel nutzt, um den Weg der Welt durch die Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs medial aufzubereiten. Wie die Aura des authentischen Objekts drängt das historische Begegnungsversprechen runder Jahrestage die Konkurrenz

um die Vorrangstellung von heller und dunkler Erinnerung in den Hintergrund. Wie die Magie der kalendarischen Wiederkehr sich auf den 100. Jahrestag der Weimarer Republikgründung stürzt und in einen Gedenkreigen eröffnet, der über die Revolution von 1918 zu der von 1848 zurückreicht und die Inkraftsetzung der Weimarer Reichsverfassung von 1919 mit der Verabschiedung des Grundgesetzes in Beziehung setzt. Dass die Magie der Chronologie sich der Demokratieerinnerung sich schon ebenso nachdrücklich bemächtigen wird wie bisher nur der Diktaturerinnerung, deuten nicht schon die vielen Buchtitel und Ausstellungsvorhaben zur Novemberrevolution und zur Weimarer Republik an, die das Jahr 2018 in Deutschland eröffnet haben. Ob sich daraus eine Annäherung des deutschen Geschichtsdiskurses an den europäischen insgesamt ergeben wird, muss die Zukunft zeigen.